

# Städtebauinstitut: Wohnungsbaugenehmigungen 2009 — Sachsen-Anhalt, Saarland und Rheinland-Pfalz mit stärkstem Rückgang seit 2005

Die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen ist 2009 zwar erstmals wieder seit 2006 gestiegen. Das leichte Plus von 1,9 Prozent auf rund 178.000 Genehmigungen bedeutet aber, dass der absolute Nachkriegstiefstand des Jahres 2008 im letzten Jahr gerade einmal um rund 3.500 Genehmigungen überschritten worden ist. Dabei ging in Ostdeutschland die Zahl der Genehmigungen sogar um 6,9 Prozent zurück.

In Westdeutschland betrug der Anstieg immerhin 3,5 Prozent. Im langfristigen Vergleich 2009 gegenüber 2005 waren die Zahlen in allen Bundesländern mit Ausnahme der Stadtstaaten Berlin (+75,1 Prozent) und Hamburg (+16,4 Prozent) rückläufig. Vor zehn Jahren (1999) waren in Deutschland noch rund 437.500 Wohnungen genehmigt worden. Auf diese Entwicklung hat jetzt das Berliner ifs Institut für Städtebau hingewiesen.

*Berlin +75,1 Prozent*

Nach Angaben des Instituts sind die Genehmigungszahlen von 2005 (240.500 Einheiten) bis 2009 um 26,0 Prozent gesunken. Dabei sei die Abwärtstendenz in den meisten Bundesländern ähnlich stark ausgeprägt. Eine Ausnahme bildeten lediglich Berlin und Hamburg: Dabei müsse man aber die außerordentlich geringe absolute Basis berücksichtigen. So seien in diesen Stadtstaaten im Jahr 2005 mit 3.200 (Berlin) bzw. 3.600 (Hamburg) – neben Bremen (1.400) und dem Saarland (2.200) – absolut die wenigsten Wohnungen genehmigt worden. Wenige Bauträgermaßnahmen könnten dann zu einem Anstieg führen.

Bis auf Bremen (-1,6 Prozent) verzeichneten alle anderen Bundesländer dagegen hohe Minusraten. An der Spitze stünde hier Sachsen-Anhalt mit einem Minus von 37,0 Prozent vor dem Saarland mit einem Rückgang um 35,2 Prozent und Rheinland-Pfalz mit einem solchen von 35,1 Prozent. Niedersachsen komme auf ein Minus von 34,0 Prozent, dicht gefolgt von Hessen mit einem Rückgang von 33,6 Prozent. Relativ gering sei der Einbruch in Sachsen mit -7,4 Prozent ausgefallen.

*Sachsen-Anhalt mit einem Minus von 37,0 Prozent*

Wie niedrig die Bautätigkeit immer noch sei, werde auch an der Kennzahl „Genehmigungen pro 1.000 Einwohner“ deutlich: Hier lägen Brandenburg, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern mit 2,9 an der Spitze. Es folgte Schleswig-Holstein mit 2,8 und Baden-Württemberg mit 2,5 Wohnungen pro 1.000 Einwohner. Am Ende dieser Skala rangierten Sachsen-Anhalt mit 1,1, Sachsen mit 1,3 und das Saarland mit 1,4. Der Bundesdurchschnitt liege bei 2,2. Deutschland nehme damit den letzten Platz im europäischen Vergleich.